

Haushaltsrede 2021

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Stadtratskolleginnen und -kollegen,

als sechste und sowohl vom Amts- als auch Lebensalter her jüngste Fraktion des Rates dieser kunterbunten Stadt freut es uns, durch den Erhalt unseres Mandats für die Interessensvertretung der Bergneustädter Bürgerinnen und Bürger ebenfalls sorgen zu dürfen. Völlig losgelöst von bisherigen lokalen Politgegebenheiten und ideologischen Lägern möchten wir mit unserem Elan einen unterschiedlichen Blickwinkel auf die Bergneustädter Politik bringen. Als hier geborene Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ist es unsere größte Motivation, unserer Stadt auf dieser Ebene aktiv dienen zu dürfen.

Darum sitzen wir am heutigen Abend in diesem Stadtsaal und beschließen den Haushaltsplan für das Jahr 2021, von dem wir erhoffen, dass sich dieser und seine Prognosen für die nächsten Jahre trotz aller aktuellen Hindernisse schnellstmöglich in die seit zwei bis drei Jahren positiv eingeschlagene Bahn einlenken.

Leider befinden wir uns dieses Jahr hoffentlich nun ein letztes Mal unter den Fittichen des Haushaltsstärkungspaktes. Dieser Pakt hat den Kommunen auf der einen Seite unter die Arme gegriffen, auf der anderen Seite jedoch dermaßen eingeengt, dass einige Städte bundesweit – darunter auch unsere Stadt – nicht mehr in dieses Korsett hineinpassen. „Ein ausgeglichener Haushalt, egal um welchen Preis“, kann nicht die Devise für eine Kommune lauten, die mit den Folgen der Globalisierung und Zivilisation erhebliche wirtschaftliche und demographische Einbußen erleiden musste.

Wie aus dem Haushaltsplan 2021 ersichtlich wird, geht die Corona-Pandemie mit Ihrer globalen Auswirkung an unserer Stadt leider nicht tatenlos vorbei. Trotz positiver Ertrags- und Finanzergebnisse werden wir die harten Corona-Folgen zu spüren bekommen. Gottseidank hat das Land NRW zumindest bei dem Thema mit dem NKF-Covid19-Isolierungsgesetz sinnvoll reagiert und dafür gesorgt, dass sich Corona-bedingte Einbußen nicht auf die Haushaltssatzungen und -pläne der Kommunen in NRW für das Jahr 2021 in direkter Weise auswirken. Damit sind die wirtschaftlichen Schäden bezogen auf unsere Kommune erheblich abgeflacht, sodass wir dadurch immer noch ein positives Jahresergebnis von rund EUR 500.000 aufweisen können, die Nachwehen dieser Folgen aber im nächsten Jahr mit dem Aussetzen dieses Isolierungsgesetzes mit einem Defizit von ca. EUR –1.400.000 zu spüren bekommen werden. Die darauffolgenden Jahre bringen uns aus heutiger Sicht jedoch in aller Hoffnung erneut in das richtige Fahrwasser zurück, wobei wir als FWGB zuversichtlich sind, dass ein ähnliches Isolierungsgesetz

auch und insbesondere für 2022 fortgeführt werden muss, weil die Folgen der Corona-Pandemie nicht nur mit einem einzigen Jahr seitens der Kommunen und Wirtschaft abgefangen werden können. Lassen wir uns überraschen, wie sich Düsseldorf oder gar Berlin hierzu entscheiden wird.

Festzuhalten sind die mehr oder weniger erfreulichen Tatsachen, dass wir die Steuersätze für die Gemeindesteuern weiterhin unverändert belassen können: Die Grundsteuer A mit 370%, die Grundsteuer B leider weiterhin mit 959% und die Gewerbesteuer mit 475%. Aufgrund der unveränderten Einnahmesituation unserer Stadt und der Verbindlichkeiten aus dem Haushaltsstärkungspaktgesetzes werden wir an diesen Quellen zu Gunsten unserer Bürgerinnen und Bürger leider **NOCH** nicht rütteln können.

Trotz der aktuellen globalen Themen kann unsere Kämmerei einen Haushaltsausgleich mit dem Haushaltsplan 2021 ausweisen, welches das Hauptziel und die Hauptforderung des Haushaltssanierungsplans darstellt, dem wir aufgrund unserer Haushaltssituation pflichtig zugehören. Hier danken wir unserem Kämmerer, Herrn Bernd Knabe, stellvertretend für die Stadtverwaltung und ebenfalls den Stadtratskolleginnen und -kollegen, die mit Ihrem Input hierzu sowohl dieses Jahr als auch die Jahre zuvor beigetragen haben.

Doch gibt es auch einige Punkte, auf die wir in kurz- bis langfristiger Betrachtung aufmerksam machen möchten:

- 1.) Bei der Betrachtung des Entwurfs unserer Haushaltssatzung und Haushaltsplanung des Jahres 2021 fallen die überaus detaillierten und sehr ausführlichen Berichte sowie tabellarischen Berechnungen auf. Es wäre jedoch für die Verwaltung, den Stadtrat und auch für die Bevölkerung unserer Stadt hilfreicher, wenn man sich z. B. den bekannten Management-Tools zur kontinuierlichen Messung von Leistungskennzahlen bedienen würde. In der Wirtschaft gibt es z.B. ein Monitoring von kritischen Kennzahlen, die mit einem einfachen Überblick jederzeit zugänglich illustriert werden und für die Leistungsstabilität sowie Zielverfolgung von äußerster Bedeutung sind. Auch wenn unsere Kommune kein Industriebetrieb ist, empfinde ich es für uns alle als äußerst sinnvoll, wenn zukünftig im Vorfeld gemeinsam festgelegte Kennzahlen anhand eines Deckblatts in diesem Haushaltsplan oder auch gerne öffentlich zugänglichen Dashboards innerhalb der Kommunen-Webseite zur Verfügung gestellt werden könnten. Dies wird es uns allen ermöglichen, eine einfachere Vorstellung über unsere Zielentwicklung und -erreicherung zu bekommen.

- 2.) Wie im Haushaltsplan verdeutlicht wurde, belasten auch die veränderten Umlagesätze des Oberbergischen Kreises alle Kommunen im Jahr 2021. Für Bergneustadt bedeutet dies durchschnittlich EUR 1.000.000 höhere Ausgaben an den Kreis von 2022 bis 2024, durchschnittlich EUR 250.000 höhere Ausgaben durch die Mehrbelastung seitens des Jugendamts und durchschnittlich EUR 80.000 Mehrbelastung an diversen Schulaufwendungen. Auch wenn unser Bürgermeister es kürzlich bereits erwähnt hat, dass sich einige Bürgermeister über diesen Umstand bei der Kreisverwaltung bzw. dem Landrat beklagt haben und keine positiven Folgen für unsere Kommune erwirken konnte, sind wir mit diesem Gesprächsergebnis nicht befriedigt. Die Kreisverwaltungen haben es am Ende des Tages relativ leicht, denn Sie können Ihre defizitären Finanzen auf ihre Kommunen abwälzen. Kommunen jedoch sind das letzte Glied in dieser Schleife und haben keine weitere Möglichkeit, außer die eigenen Bürgerinnen und Bürger anhand von Grundsteuern zur Kasse zu bitten, um die daraus resultierende eigene negative Finanzlage zu stärken. Da sich unsere Kreisverwaltung sichtlich komfortabler an seinem Budget bedient als z.B. eine Bergneustädter Kommune, fordern wir unseren Bürgermeister erneut auf, entschlossener und mit konsequenteren Maßnahmen unseren Finanznotstand bei der ebenfalls CDU-geführten Kreisverwaltung aufzuzeigen und ein für uns positives Ergebnis herbei zu wirken.
- 3.) Falls wir uns die Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Jahresergebnisses unserer Kommune nüchtern betrachten, bemerken wir relativ schnell, dass wohlmöglich niemand aus den Reihen dieses Stadtrates zu seiner Lebzeit Zeuge darüber werden wird, dass wir unsere Schulden vollständig bzw. gesund abgebaut und einen kontinuierlich profitablen Haushalt an das Tageslicht gelegt haben. So geht es nicht nur unserer Kommune, sondern vielen anderen Städten bundesweit. Erinnern wir uns an den Vorstoß des Finanzministers Scholz gegen Ende 2019, der diese Nüchternheit ebenfalls aufgezeigt hat und den Vorschlag medial unterbreitete, dass ca. 2.500 Kommunen auf einem Schlag entschuldet werden sollten, damit diese mit einer weißen Weste und einer realistischen Hoffnung auf die ganzheitliche Verbesserung der kommunalen Lage blicken können. Wie steht es hierzu? Hat sich unsere Kommune alleine oder im Verbund mit anderen verschuldeten Kommunen zusammengetan und etwaige Schritte zur Realisierung dieses Vorschlages seitens des Bundesfinanzministers eingeleitet? Wollen wir diese Idee, die seitens des höchsten Amtes der Finanzen unseres Landes eigenwillig aufgekommen wurde, einfach vergehen lassen? Wir denken, dass sich jede Bemühung bzgl. dieses Themas lohnt, um die eigene Kommune vielleicht doch über einen „einfacheren“ Weg möglichst sorgenfrei zu bekommen.

In all diesen Zeiten gibt es allerdings auch lobenswerte Fakten bzw. Tatsachen, die uns irgendwo doch wiederum Hoffnung und Elan schenken, um für ein lebenswerteres und stärkeres Bergneustadt zu kämpfen:

- Wir danken vorerst allen Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern für Ihr Engagement, trotz der zahlenmäßig gleich gebliebenen Belegschaft und den teilweise nicht besetzten Positionen, dass Sie die Stellung aufrechterhalten und respektvolle Leistungen für das Wohl unserer Stadt erbringen. Es ist nicht selbstverständlich, dass so viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Loyalität zu einer stark verschuldeten Stadt aufzeigen, in dem Sie das „sinkende Schiff“ nicht verlassen haben und dazu beitragen, dass sich das Schiff auf Wasser halten und wieder seinen Weg aufnehmen kann.
- Darüber hinaus freuen wir uns riesig über den Erhalt des A-Status für das Landesstrukturprogramm Regionale 2025 Bergisches Rheinland „Zukunftsquartier Altstadt Bergneustadt“, mit der unser Stadtkern ein völlig neues Bild gewinnen und die Lebensqualität sowie Atmosphäre der Stadt erheblich aufgewertet wird. Hier hoffen wir, dass die Bevölkerung weiterhin sehr intensiv in die Gestaltung dieses Programms mit einbezogen wird und alle Menschen am Ende des Tages von dem Projekt profitieren.
- Die Förderung des Breitbandausbaus sowohl für die Haushalte in den „weißen Flecken“ unserer Stadt als auch der nachträglich zu 100% geförderte Breitbandausbau in den unterschiedlichsten Gewerbegebieten ist ein Garant dafür, dass sich unsere Haushalte und Unternehmen der fortlaufenden Digitalisierung ausrichten und am Puls der Zeit bleiben können.
- Nicht zu vergessen, ebenfalls die erfreuliche Nachricht, dass der Medienentwicklungsplan für die adäquate Ausstattung unserer Schulen mit entsprechender Hard- und Software ebenfalls vor Kurzem präsentiert und verabschiedet wurde, sodass wir dadurch die Bildungsqualität an unserer facettenreichen Schullandschaft in den nächsten Jahren enorm stärken werden. Auch bei diesem Projekt genießt unsere Kommune die Förderung der benötigten Investitionssumme von den unterschiedlichsten Förderprogrammen.
- Wir freuen uns auch auf unser Wasserwerk und seinen präsentierten Wirtschaftsplan für das anstehende Jahr. Das Bergische Land besitzt ein sehr sauberes und frisches Trinkwasser, was sich bundesweit durchaus mit breiter Brust vergleichen lassen kann. Das Wasserwerk Bergneustadt ist ein reiner Verteilerbetrieb, sprich es bereitet selbst kein Wasser auf, sondern nimmt es z.B. zu 90% vom Aggerverband ab und verteilt es in der eigenen Kommune. Trotz der Kostensteigerung seitens des Aggerverbands von 1,52 € auf 1,53 € pro m³

Frischwasser, belässt unser Wasser-werk den Verkaufspreis für unsere Bürgerinnen und Bürger bei den bekannten 1,80 €/m³. Zwar werden die Grundgebühren für die Wasserzähler um 0,60 € pro Monat und pro Zähler angehoben, aber im Großen und Ganzen können wir als Verwaltung, Politik und Bürgerschaft auf ein leistungsstarkes und verlässliches Wasserwerk zurückblicken.

Nicht zuletzt möchten wir allerdings auch ein paar kleinere Ratschläge an die Verwaltung und Politik geben, um unsere Finanzsituation kurzfristig und ohne große Verbindlichkeiten aufbessern zu können, damit wir finanziell unabhängiger werden:

- 1.) Die Stadtverwaltung nutzt die Energiequelle „Photovoltaik“ leider viel zu wenig. Auch wenn wir keine Investitionskraft in eigene Photovoltaikanlagen haben und die gesamten „öffentlichen Dächer oder Freiflächen“ damit nicht ausstatten können, gibt es auf dem Markt die Möglichkeit der Vermietung eigener Flächen, wofür man entweder Mieteinnahmen seitens der Anlagenbetreiber erhält oder aber den eigenen Stromverbrauch kostenlos decken kann. Warum machen wir uns hierüber keine Gedanken oder aber agieren nicht umgehend?
- 2.) Die knappe Wohnraumsituation in Bergneustadt erfordert den effizienteren Umgang mit vorhandenen Grundflächen dieser Stadt. Trotz der Einbringung der Idee seitens der FWGB zur Erstellung eines Baulückenverzeichnisses seitens des Katasteramts und der Ablehnung seitens des Bürgermeisters aufgrund von fehlenden Personalkapazitäten sind wir immer noch der festen Überzeugung, dass man in diesen Vorschlag investieren sollte, weil hierdurch sowohl der vorhandene Wohnraumbedarf der Menschen gedeckt als auch sehr kurzfristig für weitere Grundsteuer-B-Einnahmen gesorgt werden kann. Lieber zuerst etwas vollständig ausnutzen, was vorhanden ist, bevor man neue teure Gebiete erschließt, lautet unsere Meinung.
- 3.) Damit wir unsere Stadtfinanzen aufbessern können, bedarf es an neuen Gewerbetreibenden, die am besten von außerhalb zu unserer Stadt hinzugewonnen werden sollten und qualitativ wertvolle Leistungen erbringen, damit wir langfristig einen Nutzen von derartigen Betrieben bekommen. Hierzu müssen wir uns nicht an neue Gebiete richten, die Nutzungsänderungen zum Status des Gewerbegebietes mit sich ziehen, sondern den Fokus auf die bereits angefangenen Projekte legen. Denn sei es die „Neue Mitte“ oder die Gewerbegebietsprojekte „Zum Dreiort“, „Am Schloten“ oder aber „Sülemicker Feld“. Wir müssen zusehen, dass wir diese großen angefangenen Projekte vollenden und dafür sorgen, dass diese neuen Gewerbegebiete auch gefüllt werden. Und zwar nicht mit innerstädtischem Gewerbetourismus, sondern wie erwähnt mit neuen lukrativen Unternehmen außerhalb

Bergneustadts. Hierbei möglichst mehrere kleine Gewerbetreibende, wie einen oder zwei größere, um das Steuerertragsrisiko möglichst zu streuen. Alle anderen Bestrebungen bzgl. der Umrichtung anderweitiger neuer Grundstücke als Gewerbegebiete sind nicht mit einer rationalen Entscheidungsgrundlage zu begründen. Eine Braut kann auf vier Hochzeiten nicht gleichzeitig tanzen.

- 4.) Parallel zu dem Fokus auf die Gewinnung neuer Gewerbetreibende für die neu zu kreierenden Gewerbegebiete legen wir sowohl unseren Ratskolleginnen und -kollegen als auch der Stadtverwaltung an's Herz, die vorhandenen Gewerbetreibenden mit Ihren Bedürfnissen und Bitten nicht stiefmütterlich zu behandeln. Insbesondere bei dem langwierigen Thema der Suche nach einer geeigneten Lokation für die Moschee bekommen wir es heute hautnah zu spüren, wie die an der Wiesenstraße ansässigen Firmen gnadenlos im Stich gelassen werden und ein Teil der Politik mit nicht realisierbaren Problemlösungsansätzen das Problem erneut für einige weitere Jahre aufschieben möchte, anstatt die Interessen und Meinungen dieser ebenfalls wertvollen Unternehmen und der Moscheegemeinschaft ernst zu nehmen. Wie von wegen: „Das sind unsere Kinder, die laufen uns schon nicht weg“. Diese Vorgehensweise gibt sowohl gegenüber vorhandenen Arbeitgebern als auch potentiellen Gewerbetreibenden kein gutes Bild der Politik und Stadtverwaltung ab und muss dringend revidiert werden.

Trotz einiger demotivierender und enttäuschender Vorkommnisse direkt zu Beginn dieser Legislaturperiode sind wir als FWGB fest entschlossen, nicht den Ansporn und den Spaß am Demokratieprozess dieser wunderbaren Stadt zu verlieren und versichern, dass wir zu jederzeit „am Ball bleiben werden“.

Wir werden nicht die Spaltenden sein, sondern die Verbindenden. Doch werden wir auch nicht verstummen, so wie man es von der einen oder anderen großen Volkspartei leider zu sehen bekommt, wenn unethische, diskriminierende und verantwortungslose Äußerungen in diesem verehrten Rat unter dem Deckmantel der „Meinungsfreiheit“ getätigt werden.

Wir werden vor keiner Verantwortung scheuen, die wir annehmen müssen, damit diese Stadt eine lebenswerte Stadt bleibt. Dies ist die Devise, weshalb wir diesem Entwurf der Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2021 trotz einiger Differenzen zustimmen und danken für Ihre Aufmerksamkeit.

Mit freundlichem Gruß

Mehmet Pektas
Fraktionsvorsitzender